

NAHOST-KONFLIKT

"Den ersten Schritt müssen die Israelis machen"

An Vorschlägen mangelt es nicht, vielmehr hapert es an der Umsetzung. Und trotzdem: Die Genfer Friedensinitiative könnte erstmals seit langem die Verhandlungen wieder in Gang setzen.

woxx: Herr Grégoire, ist Arafat ein Heuchler?

Claude Grégoire: Warum ein Heuchler?

Weil er einerseits die Genfer Friedensinitiative begrüßt, andererseits genauso wenig bereit ist, auf die konkreten Vorschläge einzugehen, wie es die Sharon-Regierung tut.

Ich glaube schon, dass Arafat und überhaupt das palästinensische Volk diesen Friedensplan mittragen würde, wäre da nicht die Flüchtlingsfrage. Und dies ist ja tatsächlich das schwierigste Problem. Israel ist ein kleines Land und ich kann verstehen, dass seine Bevölkerung Angst hat, wenn von heute auf morgen vier Millionen Menschen zurückkehren. Auf der anderen Seite muss man diese Frage aber auch aus Sicht der Palästinenser sehen. Diese Menschen wurden vertrieben, ihre Dörfer zerstört. Seitdem wohnen sie in Flüchtlingslagern. Manche sind bereits zum zweiten oder dritten Mal geflüchtet. Wieso dürfen Menschen aus Äthiopien oder aus den Vereinigten Staaten nach Israel kommen, nur weil hier mal vor 2000 Jahren Juden gelebt haben? Ich will ihnen dieses Recht nicht absprechen. Aber die Palästinenser, die vor 50 Jahren vertrieben wurden, sollen dieses Recht auch haben.

Nur haben wir nun mal die Situation: Zugewanderte Israelis, die auf ehemals palästinensischem Gebiet leben und Palästinenser, die seit Jahrzehnten in den Nachbarländern leben. Müssen für einen Frieden nicht beide Seiten Zugeständnisse machen?

Natürlich müssen sich beide Seiten kompromissbereit zeigen. Meiner Meinung nach gibt es drei Möglichkeiten, die Flüchtlingsfrage zu lösen, so wie das schon bei den Verhandlungen im ägyptischen Taba ausgearbeitet worden war. Ein Teil der Flüchtlinge darf nach Israel zurückkehren. Andere werden sich in einem selbstständigen Palästinenserstaat niederlassen. Oder sie bleiben in Syrien, Libanon und Jordanien und werden dafür finanziell entschädigt. Eine Mischform aus allen drei Möglichkeiten ist am realistischsten. Voraussetzung muss jedoch sein, das Unrecht anzuerkennen, das ihnen zugefügt worden ist.

Die Genfer Initiative sieht das Rückkehrrecht für rund 30.000 der über vier Millionen palästinensischen Flüchtlinge vor. Für die meisten bleibt dann nur eine finanzielle Entschädigung, die sicherlich nicht sehr hoch sein wird. Ist das gerecht?



Claude Grégoire (47) ist langjähriger Aktivist der luxemburgischen Friedensinitiative "Comité pour une Paix juste au Proche-Orient". Seinen Frieden mit Israel hat er noch nicht geschlossen. (Foto: Felix Lee)

Zumindest wäre das ein erster Verhandlungsansatz. Aber ich kann Arafat auch verstehen, wenn er diesen Vorschlag ablehnt.

Warum?

Er steht unter Druck der eigenen Bevölkerung. Das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr ist Teil der internationalen Vereinbarung und sollte nicht ohne weiteres aufgegeben werden. Die Palästinenser haben schon so viele Zugeständnisse gemacht: Das Recht für das jüdische Volk auf einen eigenen Staat. Dann die Grenzen von 1967. Und, was haben sie dafür bekommen? Ihr Land bleibt besetzt. Selbstbestimmung bleibt ihnen verwehrt. Ihr Boden wird ihnen weiter geraubt. Und nun bekommen sie auch noch eine Mauer. Für mich steht fest: Den ersten Schritt müssen die Israelis machen.

Ist die Flüchtlingsfrage tatsächlich ein Grund, die Initiative abzulehnen?

Nein. Im Kern enthält dieses Abkommen gute Ansätze. Vor allem macht es die Vision eines Friedens im Nahen Osten konkreter. Ich finde es aber gefährlich, zu diesem Zeitpunkt schon über Details zu diskutieren, wenn die Verhandlungspartner nicht mal ein offizielles Mandat besitzen. Wir dürfen nicht vergessen, dass in Palästina Tag für Tag neue Tatsachen geschaffen werden, die uns immer weiter von einem gerechten Frieden entfernen. Zunächst einmal muss die israelische Besatzung beendet werden, bevor wir über Details reden.

Aber wird diese Eskalation nicht auch von palästinensischer Seite forciert?

Der Großteil der Palästinenser sind Menschen, die sich nach Frieden und einer sicheren Heimat sehnen. Doch für ein Volk, das schon so lange besetzt ist, gibt es ein Recht auf Widerstand.

Auf Staatsseite gibt es auch das Recht, die eigenen Bürger vor terroristischen Anschlägen zu schützen.

Es gibt auch so etwas wie Staatsterrorismus. Fakt ist: Die israelische Besatzung verstößt gegen internationales Recht, Menschen werden enteignet und die Regierung Sharon baut eine Mauer, die verheerende Folgen auf die Zivilbevölkerung hat. Ist das eine legitime Antwort auf Selbstmordattentate? Immer wenn ein Anschlag verübt wurde nahm Sharon dies zum Anlass, Häuser von Familien sowie Ministerien der Autonomiebehörde zu zerstören oder weitere jüdische Siedlungen zu genehmigen.

Sie sprechen immer davon, was auf israelischer Seite falsch läuft. Auch wenn man Verständnis für die palästinensische Zivilbevölkerung aufbringt - legitimiert das Anschläge auf die Zivilbevölkerung?

Die muss man verurteilen. Sie schaden beiden Seiten. Aber hat eine Autonomiebehörde mit einem Präsidenten, der seit Jahren in einem kaputten Haus eingeschlossen ist, tatsächlich einen so großen Einfluss auf Selbstmordattentäter? Ich bezweifle das.

Zumindest wäre es ein erster Schritt, sich von seinem militanten Arm, der Fatah-Bewegung, zu lösen.

Arafat ist niemand, den ich als Helden verehere. Gerade in der Zeit als er versuchte, den israelischen Anforderungen gerecht zu werden, ist er auch brutal gegen sein eigenes Volk vorgegangen. Aber mehr als diese Fragen über Arafat, interessiert mich die Lage der Bevölkerung. Dass zum Beispiel 120.000 palästinensische Kinder nicht zur Schule gehen können, weil die israelische Armee wegen der Ausgangssperre Lehrern und Schülern den Weg zur Schule versperrt oder ihre Gebäude zerstört sind. Immer mehr Zwölfjährige werden zu Analphabeten. Dies ist schlimm für ein Volk, das der Bildung einen hohen Stellenwert beimisst. Auf diese Art wird versucht, Demokratie im Keim zu ersticken.

Wie viele Chancen geben Sie einem Frieden im Nahen Osten dann überhaupt noch?

Voraussetzung für einen Frieden im Nahen Osten ist ein selbstständiger, demokratischer Palästinenserstaat. Davon sind wir weit entfernt. Die Sharon-Regierung wird momentan leider von einer nationalistischen Mehrheit getragen. Die nächsten Wahlen sind erst 2007. Wenn man sieht, wie schnell die Mauer gebaut wird, dann sehe ich wirklich schwarz.

Was muss Ihrer Meinung nach geschehen, damit sich die Israelis wieder an den Verhandlungstisch setzen?

Die Weltgemeinschaft ist jetzt dran. Ich fürchte leider, dass es ohne Druck von außen nicht klappen wird. Ich würde mir ein Europa wünschen, das eine klare, einheitliche Position einnimmt.

Plädieren Sie für einen Israel-Boycott?

Es gab ja 2002 den Beschluss des Europa-Parlaments, wirtschaftliche Vergünstigungen Israel nur dann zu gewähren, wenn die Men-

schenrechte geachtet werden. Dies ist eindeutig nicht der Fall. Nun sollten die Europäer diese Klausel auch mal wörtlich nehmen.

Deutschland, Frankreich und auch Luxemburg setzen sich angeblich aktiv für einen Frieden im Nahen Osten ein. Warum haben diese Länder die Genfer Friedensinitiative dann nicht viel stärker unterstützt?

Das hängt wohl damit zusammen, dass die Verhandlungspartner kein offizielles Mandat hatten und die Initiative eher aus der Zivilbevölkerung entstand.

Aber wäre das nicht ein deutliches Zeichen gewesen, wenn zum Beispiel ein Premierminister wie Juncker bei der Übergabe persönlich anwesend gewesen wäre?

Ich weiß nicht, ob gerade Herr Juncker ein so hohes Gewicht hat. Es hat ja durchaus europäische Regierungsmitglieder gegeben, die dieses Friedensabkommen begrüßt haben.

Trotz dieser international großen Zustimmung - der Einfluss der Genfer Initiative wird gering bleiben. Welche Rolle können außerparlamentarische Friedensinitiativen überhaupt noch spielen?

Unser Einfluss ist wohl gering. Wir können nur auf die Dringlichkeit der Lage hinweisen. Wir halten aber an unseren Forderungen fest: Ein Ende der Besatzung und freie Wahlen in Palästina. Damit eine Regierung Friedensverhandlungen führen kann, die vom Volk auch unterstützt wird.

Interview: Felix Lee

Genfer Initiative

Israelische und palästinensische Politiker haben einen Friedensfahrplan für den Nahen Osten vorgestellt, dessen Umsetzung noch immer auf sich warten lässt: die Genfer Friedensinitiative. Wo die "Roadmap" vage bleibt, gibt die "Genfer Initiative" detaillierte Antworten. Vor allem in der strittigen Frage des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge.

Ziel bleibt: Die Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates bis 2005 und die gegenseitige Anerkennung. Zunächst sollen beide Seiten ihre Gewalt einstellen; Israel zieht seine Truppen aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen ab und erkennt die Grenzen vor dem Sechs-Tage-Krieg 1967 an, wobei ein kleiner Teil, etwa 2,5 Prozent der Autonomiegebiete den Israelis zugesprochen werden. Im Gegenzug erhalten die Palästinenser ein gleich großes Territorium von Israel. Jerusalem soll die geteilte Hauptstadt von Israelis und Palästinensern werden: Die Palästinenser erhalten die Souveränität über die Altstadt mit Ausnahme des jüdischen Viertels und der Klagemauer. Der Tempelberg wird unter palästinensische Kontrolle gestellt.

Besonders schmerzvoll für die Palästinenser: Die Frage der rund vier Millionen Flüchtlinge. Nur 30.000 dürfen zurückkehren. Alle anderen verzichten auf ihr international anerkanntes Rückkehrrecht.